

Antrag
der Fraktion der SPD

Folgetreffen der KSZE in Wien

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das am 4. November 1986 in Wien beginnende Folgetreffen der KSZE zu nutzen, um den KSZE-Prozeß zu stärken und weitere Fortschritte im Bereich von Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten zu erzielen.

Der KSZE-Prozeß hat sich zu einem dauerhaften, stabilen Pfeiler der Zusammenarbeit und der Entspannung in Europa entwickelt. Er erwies sich als Brücke zwischen West und Ost und erlaubte Dialog und Annäherung auch in kritischen Zeiten. Die KSZE trägt nicht nur zu mehr Stabilität im Ost/West-Verhältnis bei, sie ermöglicht es auch gerade den kleineren und mittleren Staaten in Europa, ihren Beitrag zur Zusammenarbeit zu leisten und die Zukunft Europas mitzugestalten. Seit Beginn des KSZE-Prozesses haben sich die Dialogmöglichkeiten erweitert sowie Fälle von Familienzusammenführung, Begegnungen, Reisen und Nachrichtenfluß vervielfacht. Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hat es neue Anstöße gegeben.

Mit der Einberufung einer Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa hat die KSZE der Erkenntnis Rechnung getragen, daß die Lösung sicherheitspolitischer Probleme eng mit der Forderung nach politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit verknüpft ist. Die KVAE hat in einer ersten Phase zu Einigungen über konkrete, militärisch bedeutsame Vertrauensbildende Maßnahmen geführt. Zwar sind die Fortschritte gemessen an den Anfangserwartungen nicht sehr groß, aber in wichtigen Detailfragen, insbesondere im Bereich der Überprüfung der getroffenen Vereinbarungen, wurden neue, zukunftsorientierte Wege beschritten.

Bei der am 4. November 1986 beginnenden Folgekonferenz wird es darum gehen, das durch den erfolgreichen Abschluß der KVAE erzielte positive Klima für weitere Fortschritte zu nutzen. Dies gilt insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland als einem Land an der Nahtstelle zwischen Ost und West.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf, durch eigenständige, mit den Partnern im Bündnis abgestimmte Vorschläge einen Beitrag zu substantiellen Fortschritten bei der KSZE zu leisten. Dies sollte nach Meinung des Deutschen Bundestages insbesondere durch folgende Vorschläge geschehen:

1. Oberstes Ziel der KSZE bleibt die Verbesserung und Verstärkung der Beziehungen sowie die Sicherung von Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten. Die bestehenden Regelungen der KSZE sollten weiter präzisiert und Defizite bei ihrer Einhaltung abgebaut werden. Das Vertrauen in den KSZE-Prozeß und seine Wirksamkeit ist grundlegende Voraussetzung für weitere Fortschritte.
2. Der KSZE-Prozeß soll dazu beitragen, die Spaltung Europas zu überwinden und die Menschen einander näher zu bringen. Dazu muß Mißtrauen abgebaut und der Entstehung von Spannungen entgegengewirkt werden. Voraussetzung ist die Herstellung von mehr Transparenz und Vertrauensbildung in allen Bereichen. Der Fortsetzung der KVAE kommt daher ebenso wichtige Bedeutung zu wie der Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Fortschritten im humanitären Bereich.
3. Der Deutsche Bundestag tritt ein für eine zweite Phase der KVAE, in der das Mandat dieser Konferenz wesentlich erweitert und neben weiteren Vereinbarungen für Vertrauensbildung auch echte Abrüstungsmaßnahmen in Angriff genommen werden. Dies gilt insbesondere für eine Reduzierung der konventionellen Streitkräfte der beiden Bündnisse. In Europa sollten blockübergreifende Sicherheitsstrukturen geschaffen werden, die auf der Grundlage der bestehenden Bündnissysteme beiden Seiten nur die Fähigkeit zur Verteidigung, nicht aber die Fähigkeit zur raumgreifenden Offensive auf dem Territorium des Gegners ermöglichen. Bewaffnung, Ausrüstung, Struktur und geographische Verteilung der Streitkräfte sollten dieser Forderung Rechnung tragen. Die Fähigkeit zu Überraschungsangriffen sollte schrittweise abgebaut werden. Durch die Vereinbarung von entsprechenden vertrauensbildenden Maßnahmen soll ein Mehr an Transparenz und Berechenbarkeit geschaffen werden.
4. Um der Entstehung von Krisen vorzubeugen oder entstandene Krisen zu entschärfen, sollte in Europa ein wirksames System des politischen Krisenmanagements geschaffen werden. Dies sollte durch die Schaffung eines Europäischen Rats für Vertrauensbildung geschehen, der allen KSZE-Teilnehmerstaaten offensteht, auf hoher politischer Ebene regelmäßig tagt und über aktuelle, die Sicherheit Europas betreffende Probleme einen regelmäßigen Gedankenaustausch führt. Seine Beratungen sollten grundsätzlich vertraulich sein. Entscheidend ist die Fähigkeit der europäischen KSZE-Staaten, regelmäßig und unspektakulär miteinander zu sprechen.
5. Im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten erwartet

der Deutsche Bundestag die Verwirklichung der in der Schlußakte von Helsinki übernommenen Verpflichtungen, insbesondere bei der Meinungsfreiheit, religiösen Freiheit, Minderheitenrechte, Gewerkschaftsrechte, faires Gerichtsverfahren, Menschenrechtsorganisationen (Monitorgruppen).

6. Die Katastrophe von Tschernobyl hat die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auch im Bereich von Wissenschaft und Technik unterstrichen. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die KSZE zur verstärkten Zusammenarbeit in diesem Bereich und zur Herstellung von Transparenz auch im Bereich umweltgefährdender Technologien zu nutzen. Neue Regelungen für grenzüberschreitende Risiken sollten ausgearbeitet werden. Die KSZE-Teilnehmerstaaten sollten gemeinsame Lösungen suchen, um die Risiken der friedlichen Nutzung der Kernenergie abzubauen.
7. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der KSZE sollte verbessert werden. Grenzübergreifende Arbeitsteilung muß auch im Ost/West-Verhältnis genutzt werden. Eine technologische Spaltung Europas ist gefährlich und abzulehnen. Stabilität in Europa verlangt auch grundsätzlich offene wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Die Verweigerung dieser Zusammenarbeit würde destabilisierend wirken. Die Teilhabe ganz Europas an neuen Technologien dient den Interessen ganz Europas. Nur so können überholte, umweltfeindliche und riskante Produktionsmethoden abgebaut und die grenzüberschreitenden Probleme der zunehmenden Zerstörung der Umwelt beseitigt werden.
8. Der KSZE-Prozeß soll die kulturelle Identität Europas, die stärker ist als System- und Pakt-Grenzen, fördern. Die gemeinsame europäische Kultur hat ihren prägenden Einfluß über die ganze Welt verbreitet. Im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit besteht noch ein großes, unausgeschöpftes Reservoir. Das Budapest Kulturforum hat eine Reihe von Vorschlägen erarbeitet, die sorgfältig geprüft und umgesetzt werden sollten.
9. Fortschritte sollten auch im Bereich der menschlichen Erleichterungen erzielt werden. So sollte die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die beim KSZE-Expertentreffen in Bern erzielten Fortschritte die Billigung aller KSZE-Teilnehmerstaaten finden.

Bonn, den 23. Oktober 1986

Dr. Vogel und Fraktion

